



53/1992

## Zweites Gesetz zur Regelung des Beamtenrechts in Mecklenburg-Vorpommern (2. Beamtenrechtsregelungsgesetz)

Vom 24. März 1992

GS Meckl.-Vorp. Gl. Nr. 2030-2

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

### Abschnitt I Einleitende Vorschrift

#### § 1 Geltungsbereich

Dieses Gesetz gilt, soweit im einzelnen nichts anderes bestimmt ist, für die Beamten des Landes, der Gemeinden, der Landkreise und der Verwaltungsgemeinschaften oder der Verwaltungsämter sowie der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften und rechtsfähigen Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts.

### Abschnitt II Beamtenverhältnis

#### § 2 Persönliche Voraussetzung für die Berufung in das Beamtenverhältnis

Beamter kann nicht werden, wer

1. gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat, insbesondere die im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966 gewährleisteten Menschenrechte oder die in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 enthaltenen Grundsätze verletzt hat, oder
2. für das frühere Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit tätig war, es sei denn, daß er durch arglistige Täuschung, Drohung oder Zwang oder als Jugendlicher hierzu bestimmt worden ist und, nachdem diese besonderen Umstände weggefallen sind, die Tätigkeit beendet hat.

### Abschnitt III Laufbahnen

#### § 3 Gestaltung der Laufbahnen

- (1) Die Ämter gehören zu den Laufbahnen in den Laufbahngruppen des einfachen, des mittleren, des gehobenen und des höheren Dienstes.
- (2) Eine Laufbahn umfaßt alle Ämter derselben Fachrichtung, die die gleiche Vor- und Ausbildung oder eine diesen Voraussetzungen

gleichwertige Befähigung erfordern (Laufbahnbefähigung); zur Laufbahn gehören auch Vorbereitungszeit und Probezeit.

(3) Die Zugehörigkeit einer Laufbahn zu einer Laufbahngruppe richtet sich nach dem im Bundesbesoldungsgesetz bestimmten Eingangsamte.

(4) Die obersten Dienstbehörden treffen durch Rechtsverordnung Regelungen über Laufbahnen und Bewerber besonderer Fachrichtungen im Einvernehmen mit dem Innenminister unter Mitwirkung des Landesbeamtenausschusses.

(5) Die obersten Dienstbehörden können zur Ordnung der Laufbahnen durch Rechtsverordnung unter Mitwirkung des Landesbeamtenausschusses Regelungen treffen über

1. ein herausgehobenes Eingangsamte, soweit das Bundesbesoldungsgesetz dies zuläßt,
2. die Ämter der Laufbahn und die Ämter, die regelmäßig zu durchlaufen sind,
3. die Ämter, die beim Aufstieg in die nächsthöhere Laufbahn derselben Fachrichtung durchlaufen sein müssen.

Sind Ämter einer Laufbahn im Geschäftsbereich mehrerer oberster Dienstbehörden vorhanden, bestimmt der Innenminister im Einvernehmen mit den beteiligten obersten Dienstbehörden die für die Gestaltung dieser Laufbahn zuständige oberste Dienstbehörde. Für die Ordnung der Laufbahnen der Beamten der Gemeinden, Landkreise, Verwaltungsgemeinschaften oder Verwaltungsämter und der sonstigen Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften sowie der rechtsfähigen Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts ist der Innenminister zuständig. Für die Ordnung der Laufbahnen bei den Trägern der Sozialversicherung ist der Sozialminister zuständig.

(6) Dienst- oder Amtsbezeichnungen einer Laufbahn dürfen für eine andere Laufbahn nur mit Zustimmung des Innenministers verwendet werden.

#### § 4 Laufbahnwechsel

- (1) Ein Laufbahnwechsel ist zulässig, wenn der Beamte die Befähigung für die neue Laufbahn besitzt.
- (2) Eine bereits für eine Laufbahn erworbene Befähigung kann als

Befähigung für eine gleichwertige Laufbahn anerkannt werden, wenn nicht für die neue Laufbahn eine bestimmte Vorbildung, Ausbildung oder Prüfung durch besondere Rechtsvorschrift vorgeschrieben oder nach ihrer Eigenart zwingend erforderlich ist. Laufbahnen sind einander gleichwertig, wenn sie derselben Laufbahngruppe angehören und die Befähigung eine im wesentlichen gleiche Vorbildung und Ausbildung voraussetzt. Die Befähigung für eine Laufbahn kann als Befähigung für eine andere Laufbahn anerkannt werden, wenn

1. beide Laufbahnen einander gleichwertig sind oder
2. die Befähigung für die neue Laufbahn unter Berücksichtigung der bisherigen Befähigung in derselben Laufbahngruppe und unter Berücksichtigung der Tätigkeit in der bisherigen Laufbahn durch Unterweisung erworben werden kann.

(3) Über die Anerkennung der Befähigung entscheidet die für die Ordnung der neuen Laufbahn zuständige oberste Dienstbehörde. Soll die Befähigung als verbindlich für alle beteiligten Verwaltungen anerkannt werden, so entscheidet auf Antrag einer obersten Dienstbehörde der Innenminister.

(4) Die Aufgaben der obersten Dienstbehörde im Sinne von Absatz 3 Satz 1 nimmt für die Gemeinden, Landkreise, Verwaltungsgemeinschaften oder Verwaltungsämter und die sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften sowie rechtsfähigen Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts der Innenminister, für Träger der Sozialversicherung der Sozialminister wahr.

## § 5

### Ausbildungs- und Prüfungsordnungen

(1) Die für die Ordnung der Laufbahn zuständigen Behörden werden ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Innenminister durch Rechtsverordnung in ihrem Geschäftsbereich Ausbildungs- und Prüfungsordnungen zu erlassen. Der Innenminister kann im Einvernehmen mit den zuständigen Ministern Rahmenregelungen für mehrere Laufbahnen treffen.

(2) Insbesondere sollen, unter Berücksichtigung der besonderen Erfordernisse der Laufbahnen, geregelt werden:

1. die Voraussetzungen für die Zulassung zur Ausbildung; dabei können höhere als die gesetzlichen Anforderungen an die Vorbildung vorgesehen werden,
2. der Inhalt, das Ziel und die Ausgestaltung der Ausbildung,
3. die Dauer des Vorbereitungsdienstes,
4. der Umfang der theoretischen und der praktischen Ausbildung,
5. die Anrechnung einer für die Ausbildung förderlichen berufspraktischen Tätigkeit auf den Vorbereitungsdienst der Laufbahn,
6. die Beurteilung der Leistungen während des Vorbereitungsdienstes,

7. soweit erforderlich, Vorschriften über Zwischenprüfungen,
8. die Bildung von Prüfungsausschüssen und das Verfahren der Prüfung,
9. die Art und die Anzahl der Prüfungsleistungen,
10. die Ermittlung des Prüfungsergebnisses; dabei können Leistungen nach Nummer 6 berücksichtigt werden,
11. die Prüfungsnoten, die eine nach der Leistung abgestufte Beurteilung ermöglichen müssen,
12. die Feststellung des Prüfungsergebnisses,
13. die Wiederholung von Prüfungsleistungen und der gesamten Prüfung sowie die Rechtsfolgen bei endgültigem Nichtbestehen der Prüfung,
14. die Folgen von Versäumnissen und Unregelmäßigkeiten,
15. die beamtenrechtliche Stellung des Betroffenen während und nach Ableistung des Vorbereitungsdienstes,
16. soweit erforderlich, besondere Bestimmungen für Aufstiegsbeamte.

## § 6

### Praktikantenverhältnis

Anstelle des Beamtenverhältnisses auf Widerruf kann der Vorbereitungsdienst in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis außerhalb des Beamtenverhältnisses (Praktikantenverhältnis) abgeleistet werden. Auf die Praktikanten sind die für Beamte im Vorbereitungsdienst geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden. Anstelle des Dienstes ist eine Verpflichtungserklärung abzugeben.

## Abschnitt IV

### Eintritt in den Ruhestand

## § 7

### Versetzung in den einstweiligen Ruhestand

Die Landesregierung kann jederzeit in den einstweiligen Ruhestand versetzen

1. die Staatssekretäre,
  2. den Pressesprecher der Landesregierung,
  3. den Leiter der Abteilung für Verfassungsschutz im Innenministerium,
  4. den Generalstaatsanwalt,
- soweit sie Beamte auf Lebenszeit sind.

### **§ 8 Anzuwendende Vorschriften**

Für den einstweiligen Ruhestand gelten die Vorschriften über den Ruhestand, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, entsprechend.

### **§ 9 Beginn des einstweiligen Ruhestandes**

Der einstweilige Ruhestand beginnt, wenn nicht im Einzelfall ausdrücklich ein späterer Zeitpunkt festgesetzt wird, mit dem Zeitpunkt, in dem die Verfügung über die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand dem Beamten zugestellt wird, spätestens jedoch mit dem Ende der drei Monate, die auf den Monat der Zustellung erfolgen. Die Verfügung kann bis zum Beginn des einstweiligen Ruhestandes zurückgenommen werden.

### **§ 10 Erneute Berufung in das Beamtenverhältnis**

Der in den einstweiligen Ruhestand versetzte Beamte auf Zeit oder Lebenszeit ist verpflichtet, einer erneuten Berufung in das Beamtenverhältnis Folge zu leisten, wenn er mindestens seinen früheren Rechtsstand wiedererhält und ihm ein Amt seiner früheren oder gleichwertigen Laufbahn mit mindestens demselben Endgrundgehalt im Dienstbereich seines früheren Dienstherrn verliehen werden soll.

### **§ 11 Beendigung des einstweiligen Ruhestandes**

Der einstweilige Ruhestand endet bei erneuter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit oder auf Zeit (§ 10).

### **§ 12 Erreichen der Altersgrenze**

(1) Die Beamten auf Lebenszeit und auf Zeit treten mit dem Ende des Monats, in dem sie die Altersgrenze erreichen, in den Ruhestand. Die Beamten auf Zeit treten ferner mit Ablauf ihrer Amtszeit in den Ruhestand, wenn die Voraussetzungen für die Gewährung eines Ruhegehaltes nach dem Beamtenversorgungsgesetz vorliegen; anderenfalls sind sie mit diesem Zeitpunkt entlassen.

(2) Erreicht der in den einstweiligen Ruhestand versetzte Beamte die Altersgrenze, so gilt er in dem Zeitpunkt als dauernd in den Ruhestand getreten, in dem er als Beamter auf Lebenszeit oder auf Zeit wegen Erreichens der Altersgrenze in den Ruhestand treten würde. Ein in den einstweiligen Ruhestand versetzter Beamter auf Zeit gilt auch mit Ablauf der Amtszeit als dauernd in den Ruhestand getreten.

(3) Für Wahlbeamte der Gemeinden und Landkreise kann der Eintritt in den Ruhestand durch Beschluß der wahlberechtigten Körperschaft bis zum Ablauf der Amtszeit, jedoch höchstens bis zur Vollendung des achtundsechzigsten Lebensjahres hinausge-

schoben werden. Dieser Beschluß bedarf bei einer Verlängerung bis zur Vollendung des sechsundsechzigsten Lebensjahres einer einfachen Mehrheit, im übrigen einer Zweidrittelmehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl der Körperschaft.

(4) Lehrer treten mit Ablauf des letzten Monats des Schulhalbjahres, in welchem sie die Altersgrenze erreichen, in den Ruhestand. Hochschullehrer und sonstige wissenschaftliche Beamte an Hochschulen treten mit Ablauf des letzten Monats des Semesters, in welchem sie die Altersgrenze erreichen, in den Ruhestand.

### **§ 13 Abberufene Wahlbeamte**

Auf abberufene kommunale Wahlbeamte finden §§ 9 und 11 entsprechende Anwendung. § 12 Abs. 1 gilt entsprechend.

## **Abschnitt V Auflösung oder Umbildung von Behörden und Körperschaften**

### **§ 14 Auswirkung der Auflösung und Umwandlung von Behörden und Körperschaften**

(1) Wird eine Behörde aufgelöst oder durch ein Gesetz oder eine Verordnung der Landesregierung mit einer anderen verschmolzen oder in ihrem Aufbau wesentlich verändert, so können die Beamten dieser Behörden, deren Aufgabengebiet von der Auflösung oder Umbildung berührt wird, auch ohne ihre Zustimmung in ein anderes Amt derselben oder gleichwertigen Laufbahn mit geringerem Endgrundgehalt versetzt werden, wenn eine ihrem bisherigen Amt entsprechende Verwendung nicht möglich ist. Wenn keine Möglichkeit der Weiterverwendung der Beamten besteht, so können Beamte auf Lebenszeit oder auf Zeit in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden, soweit aus Anlaß der Umbildung Planstellen eingespart werden. Freie Planstellen im Bereich desselben Dienstherrn sollen den in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamten vorbehalten werden, die für diese Stellen geeignet sind. §§ 9, 10, 11, 12 Abs. 1 sind anzuwenden.

(2) Bei der Auflösung von Körperschaften findet § 128 BRRG Anwendung.

(3) Vor der Versetzung in den einstweiligen Ruhestand ist der Beamte unter Aufnahme eines Protokolls zu hören. Er kann die Hinzuziehung seiner Personalvertretung verlangen. Die Versetzung oder Versetzung in den einstweiligen Ruhestand kann nur innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach Auflösung oder Umbildung der Behörde ausgesprochen werden; in dem Gesetz oder in der Verordnung kann ein anderer Zeitpunkt für den Beginn der Frist bestimmt werden.

### **§ 15 Beamte auf Probe**

(1) Der Beamte auf Probe kann auch unter den Voraussetzungen des § 14 Abs. 1 und des § 128 Beamtenrechtsrahmengesetz entlassen werden.

(2) Der Beamte soll vor seiner Entlassung gehört werden. Grund und Zeitpunkt der Entlassung sind dem Beamten schriftlich bekanntzugeben.

(3) Der nach Absatz 1 entlassene Beamte auf Probe ist bei der Neueinstellung von Beamten auf Probe auf seinen Wunsch bevorzugt zu berücksichtigen.

(4) Der Beamte auf Probe, der ein Amt im Sinne des § 7 bekleidet, kann jederzeit entlassen werden.

### **Abschnitt VI Ehrenbeamte**

#### **§ 16 Berufung**

Die ehrenamtlichen Bürgermeister und deren Stellvertreter, die ehrenamtlichen Beigeordneten sowie die gewählten ehrenamtlichen Vorsteher der Verwaltungsgemeinschaften oder Verwaltungssämer und Zweckverbände und deren Stellvertreter sind in das Ehrenbeamtenverhältnis zu berufen.

### **Abschnitt VII Disziplinarverfahren**

#### **§ 17 Disziplinarverfahren**

(1) Werden Tatsachen bekannt, die den Verdacht eines Dienstvergehens rechtfertigen, veranlaßt der Dienstvorgesetzte die zur Aufklärung des Sachverhalts erforderlichen Ermittlungen (Vormittlungen).

(2) Dienstvorgesetzter im Sinne des Absatz 1 ist für die Beamten auf Zeit

1. der kreisangehörigen Gemeinden, Städte, Verwaltungsgemeinschaften oder Verwaltungssämer der Landrat,
2. der Landkreise und kreisfreien Städte der Innenminister,
3. der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften sowie der rechtsfähigen Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts das nach Gesetz oder Satzung zuständige Organ.

(3) Dienstvorgesetzter im Sinne des Absatz 1 ist für die sonstigen Beamten

1. der Gemeinden der Bürgermeister,
2. der Landkreise der Landrat,
3. der Verwaltungsgemeinschaften und der Verwaltungssämer der Vorsitzende des Gemeindeverbandsausschusses oder der Amtsvorsteher,
4. der sonstigen der Aufsicht des Landes unterstehenden Körperschaften sowie der rechtsfähigen Anstalten und Stiftungen des

öffentlichen Rechts die durch Gesetz oder Satzung bestimmte Stelle.

(4) Die in Absatz 2 und 3 bestimmten Dienstvorgesetzten nehmen auch die Aufgaben der Einleitungsbehörde wahr.

### **Abschnitt VIII Beamte des feuerwehrtechnischen Dienstes**

#### **§ 18 Beamte der Berufsfeuerwehren**

(1) Die Angehörigen des feuerwehrtechnischen Dienstes der Berufsfeuerwehren können zu Beamten ernannt werden. Sie haben Anspruch auf freie Heilfürsorge und auf unentgeltliche Ausstattung mit der Bekleidung und Ausrüstung, die die besondere Art ihres Dienstes erfordert. Soweit sie Beamte auf Lebenszeit sind, treten sie mit dem Ende des Monats, in dem sie das 60. Lebensjahr vollenden, in den Ruhestand.

(2) Der Beamte des feuerwehrtechnischen Dienstes der Berufsfeuerwehren wird dienstunfähig, wenn er den besonderen gesundheitlichen Anforderungen für den Feuerwehrdienst nicht mehr genügt und nicht zu erwarten ist, daß er seine volle Verwendungsfähigkeit innerhalb von zwei Jahren wiedererlangt. Die Feuerwehrdienstunfähigkeit wird durch den Dienstvorgesetzten aufgrund eines Gutachtens eines Amtsarztes oder eines beamteten Arztes festgestellt.

### **Abschnitt IX Beamte des Strafvollzugsdienstes**

#### **§ 19**

Die Beamten des Strafvollzugsdienstes treten, soweit sie Beamte auf Lebenszeit sind, mit dem Ende des Monats, in dem sie das 60. Lebensjahr vollenden, in den Ruhestand.

### **Abschnitt X Schlußvorschriften**

#### **§ 20**

#### **Änderung des Ersten Beamtenrechtsregelungsgesetzes**

§ 7 Abs. 2 des Ersten Gesetzes zur Regelung des Beamtenrechts im Land Mecklenburg-Vorpommern erhält folgende Fassung: „Ständige ordentliche Mitglieder sind der Staatssekretär des Innenministeriums, der Leiter der für das öffentliche Dienstrecht zuständigen Abteilung des Innenministeriums und der Präsident des Bezirksgerichts Schwerin, nach Aufnahme der Tätigkeit des Landgerichts Schwerin dessen Präsident.“

#### **§ 21 Regelung von Ämtern**

Bis zum Inkrafttreten eines Landesbesoldungsgesetzes gelten die im Landeshaushalt ausgebrachten oder zugelassenen Besoldungsgruppen für Beamte als Besoldungsgruppen im Sinne eines Besoldungsgesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

**§ 22**  
**Inkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

**§ 23**  
**Außerkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt außer Kraft, sobald das Beamtengesetz für das Land Mecklenburg-Vorpommern in Kraft tritt, spätestens jedoch mit Ablauf des 31. Dezember 1992.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Schwerin, den 24. März 1992

**Der Ministerpräsident**  
**Dr. Berndt Seite**

**Der Innenminister**  
**Dr. Georg Diederich**

**Kostenverordnung**  
**für Amtshandlungen der Hafenbehörden**  
**(HafBehKostV)**

**Vom 10. März 1992**

GS Meckl.-Vorp. Gl. Nr. 2013-1-3

Aufgrund des § 2 Abs. 2 des Verwaltungskostengesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 4. Oktober 1991 (GVOBl. M-V S. 366) verordnet der Wirtschaftsminister im Einvernehmen mit dem Innenminister und der Finanzministerin:

**§ 1**

(1) Für Amtshandlungen der Hafenbehörden werden Kosten (Gebühren und Auslagen) nach dieser Verordnung erhoben.

(2) Die gebührenpflichtigen Amtshandlungen ergeben sich aus dem anliegenden Gebührenverzeichnis. Auslagen werden gesondert erhoben. Die festgesetzte Gebühr wird auf volle Deutsche Mark aufgerundet.

(3) Im übrigen gilt der 3. Abschnitt des Verwaltungskostengesetzes.

**§ 2**

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Schwerin, den 10. März 1992

**Der Wirtschaftsminister**  
**Conrad-Michael Lehment**

**Anlage**  
(zu § 1 Abs. 2)

### Gebührenverzeichnis

Lfd. Nr.	Gebührentatbestand	Gebühr Deutsche Mark	<b>II. Amtshandlungen nach der Hafengefahrgutverordnung (HGGV) vom 13. September 1991 (GVOBl. M-V S. 375)</b>	
<b>I. Amtshandlungen nach der Hafenverordnung (HafVG) vom 19. Juli 1991 (GVOBl. M-V S. 247)</b>			1	Zulassung von Ausnahmen von den nationalen und internationalen Vorschriften (§ 6 Abs. 1) 100,- bis 2.000,-
1	Befreiung von den Vorschriften der Hafenverordnung (§ 4 Abs. 4)	50,- bis 2.000,-	2	Zulassung von Abweichungen von den Bestimmungen des § 10 Abs. 1, 2 und 4 im Einzelfall (§ 10 Abs. 5) 50,- bis 1.000,-
2	Erlaubnis zum Einlaufen in den Hafen in bestimmten Fällen (§ 9 Abs. 1)	50,- bis 1.000,-	3	Genehmigung von Arbeiten mit Zündquellen (§ 12 Abs. 2) 50,- bis 1.000,-
3	Befreiung von der An- und Abmeldepflicht (§ 10 Abs. 1 Satz 2)		4	Erlaubnis für Wasserfahrzeuge zum Einlaufen im Inertzustand oder zur Inertisierung im Hafen (§ 20 Abs. 2) 50,- bis 1.000,-
	a) erstmalige Befreiung	50,- bis 500,-		
	b) Verlängerung der Befreiung	30,- bis 300,-		
4	Erlaubnis zur Durchführung von Veranstaltungen, Anbringen von Leuchtschildern, Tafeln u. a. oder Ausführung von Taucherarbeiten u. a. (§ 14 Abs. 2)	50,- bis 2.000,-	5	Genehmigung zum Einlaufen in den Hafen für Wasserfahrzeuge, deren Ladung nach dem Verfahren der Unterwegsbelegung behandelt worden ist (§ 21 Abs. 1) 50,- bis 1.000,-
5	Erlaubnis zum Wechseln eines Liegeplatzes (§ 17 Abs. 1 Satz 4)	50,- bis 250,-	6	Zustimmung zu Lagerordnungen (§ 22 Abs. 1 Satz 3) 50,- bis 1.000,-
6	Erlaubnis zur vorübergehenden Benutzung von Liegeplätzen, die für bestimmte Zwecke vorgehalten werden (§ 17 Abs. 3)	50,- bis 400,-	<b>III. Amtshandlungen nach der Gefahrgutverordnung-Binnenschifffahrt (GGVBinSch) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juni 1977 (BGBl. I S. 1119), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 16. März 1989 (BGBl. I S. 489)</b>	
7	Erlaubnis zur Verwendung verkehrsbehindernder Befestigungen (§ 18 Abs. 2)	50,- bis 1.000,-	1	Anerkennung von Sachverständigen für Zeugnisse über Gasfreiheit (RN 10 100 (2) Anlage B) 50,- bis 1.000,-
8	Erlaubnis zum Ankern außerhalb zugelassener Stellen (§ 19)	50,- bis 2.000,-	2	Zulassung von Umschlag- und Entgasungsstellen (RN 10 407, 11 407, 71 407 der Anlage B) 50,- bis 1.000,-
9	Erlaubnis zur Durchführung einer Maschinen- und Pfahlprobe (§ 22 Abs. 1 Nr. 2)	50,- bis 1.000,-	3	Genehmigung zum Füllen und Entleeren von Behältern (Containern) und Tankcontainern auf dem Schiff (RN 10 419 (1) der Anlage B) 50,- bis 1.000,-
10	Ausnahmegenehmigung zum Lagern von Gütern (§ 24 Abs. 5)	50,- bis 2.000,-	4	Genehmigung zum Um-, Be- und Entladen (RN 10 506, 11 408, 11 414 (9), 71 408 der Anlage B) 50,- bis 1.000,-
11	Erlaubnis zum Stilllegen oder Auflegen von Fahrzeugen oder zur Benutzung der Fahrzeuge zum Lagern von Gütern oder zum Wohnen (§ 26 Abs. 1)	50,- bis 2.000,-	5	Genehmigung zum Stilllegen außerhalb besonderer Liegeplätze (RN 11 504, 14 504, 31 504, 131 504 der Anlage B) 50,- bis 1.000,-
12	Erlaubnis zum Ausräuchern oder Durchgasen von Fahrzeugen (§ 31 Abs. 1)	50,- bis 1.000,-		

Lfd. Nr.	Gebührentatbestand	Gebühr Deutsche Mark
6	Anerkennung von Sachverständigen für die Prüfung der radioaktiven Kontamination der Laderäume (RN 42 380 der Anlage B)	50,- bis 1.000,-
7	Genehmigung zur Beförderung von ra- dioaktiven Stoffen in Verbänden oder gekuppelten Fahrzeugen (RN 42 501 (2) der Anlage B)	50,- bis 1.000,-
8	Genehmigung zur Beförderung organi- scher Peroxide in Verbänden oder gekuppelten Fahrzeugen (RN 71 501 (32) der Anlage B)	50,- bis 1.000,-
9	Ausnahmen für gleichzeitiges Laden und Löschen (RN 131 424, 141 424 der Anlage B)	50,- bis 1.000,-
10	Zulassung von Kunststoffrossen (RN 131 475 der Anlage B)	50,- bis 1000,-
11	Zulassung von Reinigungsfirmen (RN 141 121 (1) der Anlage B)	50,- bis 1.000,-



## Landesverordnung zum Schutz der Pflanzkartoffelerzeugung in Gesundlagen

Vom 18. März 1992

GS Meckl.-Vorp. Gl. Nr. B 7823-5-2

Aufgrund des § 1 Abs. 1 des Zuständigkeitsneuregelungsgesetzes vom 20. Dezember 1990 (GVOBl. M-V 1991 S. 2) und des § 3 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 a des Pflanzenschutzgesetzes vom 15. September 1986 (BGBl. I S. 1505), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Juni 1990 (BGBl. I S. 1221), und des § 29 des Saatgutverkehrsgesetzes vom 20. August 1985 (BGBl. I S. 1633) verordnet die Landesregierung:

### § 1 Gesundlagen

(1) Gesundlagen für die Erzeugung von Pflanzkartoffeln im Sinne dieser Verordnung sind die in der Anlage aufgeführten Gebiete. Die Anlage ist Bestandteil dieser Verordnung.

(2) Der Landwirtschaftsminister wird ermächtigt, die Gebiete auf Antrag jährlich bis zum 10. Februar für das folgende Kalenderjahr durch Rechtsverordnung neu festzulegen.

### § 2 Schutzmaßnahmen

(1) In Gesundlagen darf zum Anbau der Kartoffel nur Pflanzgut verwendet werden, das die Normen für Basispflanzgut nach Anlage 2 Nr. 1 und 2 der Pflanzkartoffelverordnung erfüllt.

Eine Bescheinigung über die Testergebnisse oder den Bezug entsprechenden Pflanzgutes ist der zuständigen Behörde auf Verlangen vorzulegen.

(2) Der Gesundheitszustand aller Kartoffelbestände in Gesundlagen ist während der Vegetationszeit durch die zuständige Behörde zu überwachen.

(3) Virusbefallene Kartoffelbestände in Gesundlagen sind nach Anweisung der zuständigen Behörde zu bereinigen und durch Maßnahmen zur Vektorenabwehr zu schützen.

(4) In Gesundlagen sind in Pflanzgut erzeugenden Betrieben generell alle Kartoffelanbauflächen gemäß § 2 der Verordnung zur Bekämpfung des Kartoffelnematoden vom 20. April 1972 (BGBl. I S. 627), geändert durch Verordnung vom 20. Mai 1988 (BGBl. I

S. 640), auf Kartoffelnematoden und deren Pathotypen amtlich untersuchen zu lassen. Die Bescheinigung über die Untersuchung ist der zuständigen Behörde auf Verlangen vorzulegen.

### § 3 Zuständige Behörden

Zuständige Behörde im Sinne dieser Verordnung ist das Landes-pflanzenschutzamt.

### § 4 Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig nach § 40 Abs. 1 Nr. 1 a des Pflanzenschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 2 Abs. 1 Pflanzgut verwendet, das die Normen für Basispflanzgut nach Anlage 2 Nr. 1 und 2 der Pflanzkartoffelverordnung nicht erfüllt,
2. entgegen § 2 Abs. 3 virusbefallene Kartoffelbestände nicht bereinigt oder nicht durch Maßnahmen zur Vektorenabwehr geschützt hat,
3. entgegen § 2 Abs. 4 nicht alle Kartoffelanbauflächen auf Kartoffelnematoden untersuchen läßt.

### § 5 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Schwerin, den 18. März 1992

**Der Ministerpräsident  
Dr. Alfred Gomolka**

**Der Landwirtschaftsminister  
Martin Brick**

**Anlage****Gesundlagen nach § 1**

**Anbaugbiet Grimmen** mit den Gemeinden  
Wendisch Baggendorf, Gransebieth, Deyelsdorf, Grammendorf  
Rakow, Grimmen-Land (westlich der Bahnstrecke), Splietsdorf

**Anbaugbiet Greifswald** mit den Gemeinden  
Züssow, Gribow, Ranzin, Karlsburg, Lühhmannsdorf, Wrangels-  
burg, Lüssow, Ortsteil Owstin der Stadt Gützkow

**Anbaugbiet Stralsund** mit den Gemeinden  
Tribsees, Hugoldsdorf, Drechow, Gremersdorf, Siemersdorf

**Anbaugbiet Rostock** mit den Gemeinden  
Sanitz, Gr. Lüsewitz, Kavelstorf, Dummerstorf, Reppelin, Nie-  
krenz, Ortsteil Prangendorf der Gemeinde Cammin, Gubkow,  
Grammow, Thelkow, Nustrow, Ortsteil Vilz der Gemeinde Selpin,  
Kowalz

**Anbaugbiet Ribnitz-Damgarten** mit den Gemeinden  
Böhlendorf, Langsdorf, Breesen, Ortsteil Schlemmin der Gemein-  
de Semlow

**Anbaugbiet Bad Doberan** mit den Gemeinden  
Kröpelin, Bastorf, Ortsteil Vorder Bollhagen der Stadt Bad Dobe-  
ran, Wittenbeck, Steffenshagen, Kühlungsborn, Reddelich, Jenne-  
witz

**Anbaugbiet Güstrow** mit den Gemeinden  
Sabel, Hohen Spreng, Weitendorf, Kuhs, Lüssow, Starmstorf,  
Güstrow, Mistorf, Groß Schwiesow

**Anbaugbiet Lübz** mit der Gemeinde  
Karow

**Anbaugbiet Anklam** mit den Gemeinden  
Klein Bünzow, Schmatzin, Krien, Krusenfelde, Iven, Neuendorf B,  
Medow, Nerdin, Ortsteil Görke der Gemeinde Postlow, Neetzow,  
Steinmocker, Liepen, Stolpe, Pelsin

**Anbaugbiet Demmin** mit den Gemeinden  
Hohenbrünzow, Hohenmocker, Daberkow, Völschow, Plötz, Kart-  
low, Kruckow, Schmarsow, Alt Tellin, Tutow, Bentzin, Jarmen,  
Kletzin, Quitzerow, Wüstenfelde, Lindenhof, Beggerow, Verchen,  
Schönfeld, Ortsteil Lindenfelde der Stadt Demmin

**Anbaugbiet Altentreptow** mit den Gemeinden  
Bartow, Breest, Grapzow, Grischow, Werder, Siedenbollentin,  
Breesen, Wildberg, Pinnow, Groß Teetzleben, Tützpatz, Altenha-  
gen, Wolde, Reinberg

**Anbaugbiet Schwerin** mit den Gemeinden  
Ruthenbeck, Ortsteil Hof Barnin der Gemeinde Barnin, Ortsteil  
Prestin der Gemeinde Bülow, Demen, Wessin

## Erste Landesverordnung zur Bildung von Ämtern und zur Bestimmung der amtsfreien Gemeinden

Vom 25. März 1992

GS Meckl.-Vorp. Gl. Nr. 2020-1-1

Aufgrund des § 1 Abs. 6 Nr. 1 und 3 der Amtsordnung für Mecklenburg-Vorpommern vom 18. März 1992 (GVObI. M-V S. 187) verordnet die Landesregierung:

### § 1

Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern, die Verwaltungsgemeinschaften nach § 31 der Kommunalverfassung gebildet haben, werden in folgende Ämter überführt:

#### 1. Landkreis Altentreptow

##### a) **Amt Kastorfer See**

Sitz: **Wildberg**

Mitgliedsgemeinden: Altenhagen, Breesen, Groß Teetzleben, Kriesow, Pinnow, Pripsleben, Reinberg, Röckwitz, Tützpatz, Wildberg, Wolde

##### b) **Amt Tollensetal**

Sitz: **Burow**

Mitgliedsgemeinden: Bartow, Breest, Burow, Gnevkow, Golchen, Grapzow, Gültz, Siedenbollentin, Werder

#### 2. Landkreis Anklam

##### a) **Amt Ducherow**

Sitz: **Ducherow**

Mitgliedsgemeinden: Bargischow, Bugewitz, Ducherow, Löwitz, Neu Kosenow, Rathebur, Rossin, Schwerinsburg und aus dem Landkreis Ueckermünde die Gemeinden Lübs, Neuendorf A, Wietstock

##### b) **Amt Krien**

Sitz: **Krien**

Mitgliedsgemeinden: Iven, Krien, Krusenfelde, Liepen, Medow, Neetzow, Nerdin, Neuendorf B, Postlow, Steinmocker, Stolpe

##### c) **Amt Spantekow**

Sitz: **Spantekow**

Mitgliedsgemeinden: Blesewitz, Boldekow, Butzow, Drewelow, Japenzin, Neuenkirchen, Pelsin, Putzar, Sarnow, Spantekow, Zinzow

##### d) **Amt Ziethen**

Sitz: **Ziethen**

Mitgliedsgemeinden: Groß Polzin, Klein Bünzow, Murchin, Rubkow, Schmatzin, Ziethen

#### 3. Landkreis Bad Doberan

##### a) **Amt Bad Doberan-Land**

Sitz: **Bad Doberan**

Mitgliedsgemeinden: Admannshagen-Bargeshagen, Bartenhagen-Parkentin, Börgerende-Rethwisch, Hohenfelde, Nienhagen, Reddelich, Retschow, Steffenshagen, Wittenbeck

##### b) **Amt Kröpelin**

Sitz: **Kröpelin**

Mitgliedsgemeinden: Altenhagen, Kröpelin, Schmadebeck

##### c) **Amt Neubukow-Land**

Sitz: **Neubukow**

Mitgliedsgemeinden: Alt Bukow, Jörnstorff, Kamin, Kirch Mulsow, Krempin, Pepelow, Rakow, Ravensberg, Westenbrügge

##### d) **Amt Satow**

Sitz: **Satow**

Mitgliedsgemeinden: Bölkow, Hanstorff, Heiligenhagen, Radegast, Reinshagen, Satow

#### 4. Landkreis Bützow

##### a) **Amt Bützow-Land**

Sitz: **Bützow**

Mitgliedsgemeinden: Göllin, Jürgenshagen, Klein Belitz, Klein Sien, Kurzen Trechow, Moisall, Neuendorf, Oettelin, Parkow, Rühn, Selow, Steinhagen, Zepelin

#### 5. Landkreis Demmin

##### a) **Amt Borrentin**

Sitz: **Borrentin**

Mitgliedsgemeinden: Beggerow, Borrentin, Gnevezow, Hohenbollentin, Kentzlin, Lindenberg, Meesiger, Mettschow, Sarow, Schönfeld, Sommersdorf, Verchen

##### b) **Amt Demmin-Land**

Sitz: **Demmin**

Mitgliedsgemeinden: Beestland, Hohenbrünzow, Hohenmocker, Kletzin, Nossendorf, Quitzerow, Sanzkow, Siedenbrünzow, Teusin, Upost, Utzedel, Warrenzin, Wotenick

##### c) Bis zum Ende der gegenwärtigen Kommunalwahlperiode:

##### **Amt Peenetal**

Sitz: **Loitz**

Mitgliedsgemeinden: Düvier, Görmin, Sassen, Trantow, Wüstenfelde

Ab Beginn der nächsten Kommunalwahlperiode:

**Amt Peenetal/Loitz**

Sitz: **Loitz**

Mitgliedsgemeinden: Düvier, Görmin, Stadt Loitz, Sassen, Trantow, Wüstenfelde

d) **Amt Tutow**

Sitz: **Tutow**

Mitgliedsgemeinden: Alt Tellin, Bentzin, Daberkow, Kartlow, Kruckow, Plötz, Schmarsow, Tutow, Völschow

6. Landkreis Gadebusch

a) **Amt Gadebusch-Land**

Sitz: **Gadebusch**

Mitgliedsgemeinden: Dragun, Groß Salitz, Kneese, Krembz, Mühlen Eichsen, Rögnitz, Roggendorf, Veelböken

b) **Amt Lützw**

Sitz: **Lützw**

Mitgliedsgemeinden: Badow, Gottesgabe, Lützw, Pokrent, Renzow und aus dem Landkreis Schwerin die Gemeinden Brüsewitz und Grambow

c) **Amt Rehna**

Sitz: **Rehna**

Mitgliedsgemeinden: Bülow, Carlow, Dechow, Demern, Groß Molzahn, Groß Rünz, Holdorf, Köchelstorf, Löwitz, Nesow, Stadt Rehna, Rieps, Schlagsdorf, Thandorf, Utecht, Vitense, Wedendorf

7. Landkreis Greifswald

a) **Amt Dersekow-Landhagen**

Sitz: **Greifswald**

Mitgliedsgemeinden: Behrenhoff, Dargelin, Dersekow, Groß Petershagen, Hinrichshagen, Levenhagen, Mesekehagen, Neuenkirchen, Weitenhagen

b) **Amt Gützkow**

Sitz: **Gützkow**

Mitgliedsgemeinden: Bandelin, Breechen, Gribow, Stadt Gützkow, Kammin, Kölzin, Lüssow

c) **Amt Lubmin**

Sitz: **Lubmin**

Mitgliedsgemeinden: Brünzow, Hanshagen, Katzow, Kemnitz, Loissin, Lubmin, Neu Boltenhagen, Rubenow, Wusterhusen

d) **Amt Züssow**

Sitz: **Züssow**

Mitgliedsgemeinden: Diedrichshagen, Groß Kiesow, Karlsburg, Lühhannsdorf, Ranzin, Wrangelburg, Züssow

8. Landkreis Grevesmühlen

a) **Amt Grevesmühlen-Land**

Sitz: **Grevesmühlen**

Mitgliedsgemeinden: Bernstorf, Börzow, Hanshagen,

Mallentin, Plüschow, Rütting, Testorf, Testorf-Steinfurt, Upahl, Warnow

b) **Amt Klützer Winkel**

Sitz: **Klützw**

Mitgliedsgemeinden: Damshagen, Elmenhorst, Groß Walmstorf, Stadt Klützw

c) **Amt Ostseestrand**

Sitz: **Dassow**

Mitgliedsgemeinden: Stadt Dassow, Harkensee, Kalkhorst, Pötenitz, Selmsdorf

d) **Amt Schönberg-Land**

Sitz: **Schönberg**

Mitgliedsgemeinden: Grieben, Groß-Siemz, Lockwisch, Lüdersdorf, Menzendorf, Niendorf, Papenhusen, Roduchelstorf

9. Landkreis Grimmen

a) **Amt Kronskamp**

Sitz: **Wittenhagen**

Mitgliedsgemeinden: Elmenhorst, Papenhagen, Stoltenhagen, Wittenhagen, Zarrendorf

b) **Amt Miltzow**

Sitz: **Miltzow**

Mitgliedsgemeinden: Behnkendorf, Brandshagen, Horst, Kirchdorf, Miltzow, Reinberg, Wilmschagen

c) **Amt Süderholz**

Sitz: **Poggendorf**

Mitgliedsgemeinden: Bartmannshagen, Griebenow, Kandelin, Klevenow, Neuendorf, Poggendorf, Rakow

d) **Amt Trebeltal**

Sitz: vorläufig **Glewitz**

Mitgliedsgemeinden: Deyelsdorf, Glewitz, Grammendorf, Gransebieth, Splietsdorf, Wendisch-Baggendorf

10. Landkreis Güstrow

a) **Amt Güstrow-Land**

Sitz: **Güstrow**

Mitgliedsgemeinden: Bülow, Gerdshagen, Glasewitz, Groß Schwiesow, Gutow, Kuhs, Lohmen, Lüssow, Mistorf, Mühl Rosin, Plaaz, Recknitz, Reimershagen, Sarmstorf, Zehna

b) **Amt Krakow am See**

Sitz: **Krakow**

Mitgliedsgemeinden: Bellin, Charlottenthal, Dobbin, Hoppenrade, Stadt Krakow am See, Kuchelmiß, Linstow

c) **Amt Laage-Land**

Sitz: **Laage**

Mitgliedsgemeinden: Alt Kätwin, Diekhof, Groß-Ridsehn, Hohen Spreng, Liessow, Pölitz, Sabel, Striesdorf, Wardow, Weitendorf

- d) **Amt Lalendorf**  
Sitz: **Lalendorf**  
Mitgliedsgemeinden: Lalendorf, Langhagen, Mamerow, Vietgest, Wattmannshagen

#### 11. Landkreis Hagenow

- a) **Amt Boizenburg-Land**  
Sitz: **Boizenburg**  
Mitgliedsgemeinden: Besitz, Gresse, Greven, Klein Bengerstorf, Neu Gülze, Nostorf, Schwanheide, Teldau, Tessin, Wiebendorf
- b) **Amt Lübtheen**  
Sitz: **Lübtheen**  
Mitgliedsgemeinden: Garlitz, Göbblow, Jessenitz, Stadt Lübtheen
- c) **Amt Hagenow-Land**  
Sitz: **Hagenow**  
Mitgliedsgemeinden: Alt Zachun, Bandenitz, Belsch, Bobzin, Bresegard, Gammelin, Groß Krams, Hoort, Hülseburg, Kirch Jesar, Kuhstorf, Moraas, Pätow, Picher, Pritzier, Redefin, Setzin, Strohkirchen, Toddin, Warlitz
- d) **Amt Neuhaus**  
Sitz: **Neuhaus**  
Mitgliedsgemeinden: Dellin, Haar, Kaarßen, Neuhaus/Elbe, Stapel, Sückau, Sumte, Tripkau
- e) **Amt Vellahn**  
Sitz: **Vellahn**  
Mitgliedsgemeinden: Banzin, Bennin, Brahlstorf, Camin, Dersenow, Kloddram, Melkof, Rodenwalde, Vellahn
- f) **Amt Wittenburg-Land**  
Sitz: **Wittenburg**  
Mitgliedsgemeinden: Boddin, Dodow, Dreilützow, Drönnewitz, Karft, Körchow, Lehsen, Luckwitz, Parum, Tessin, Waschow
- g) **Amt Zarrentin**  
Sitz: **Zarrentin**  
Mitgliedsgemeinden: Bantin, Gallin, Kogel, Lassahn, Lütow, Neuhof, Valluhn, Stadt Zarrentin

#### 12. Landkreis Ludwigslust

- a) **Amt Dömitz**  
Sitz: **Dömitz**  
Mitgliedsgemeinden: Stadt Dömitz, Heidhof, Polz, Rüterberg – Dorfrepublik 1967 – 1989, Tewswoos, Vielank, Woosmer
- b) **Amt Grabow-Land**  
Sitz: vorläufig **Zierzow**  
Mitgliedsgemeinden: Balow, Kremmin, Milow, Möllenbeck, Muchow, Steesow, Prislisch, Werle, Zierzow
- c) **Amt Ludwigslust-Land**  
Sitz: **Ludwigslust**  
Mitgliedsgemeinden: Alt Krenzlin, Fahrbinde, Glaisin,

Göhlen, Groß Laasch, Kummer, Leussow, Lüblow, Warlow, Wöbbelin

- d) **Amt Malliß**  
Sitz: **Malliß**  
Mitgliedsgemeinden: Grebs, Karenz, Malliß, Neu Kaliß, Niendorf
- e) **Amt Neustadt-Glewe**  
Sitz: **Neustadt-Glewe**  
Mitgliedsgemeinden: Blivenstorf, Brenz, Stadt Neustadt-Glewe

#### 13. Landkreis Lübz

- a) **Amt Mildenitz**  
Sitz: **Goldberg**  
Mitgliedsgemeinden: Diestelow, Dobbertin, Langenhagen, Neu Poserin, Techtin, Wendisch Waren und aus dem Landkreis Parchim die Gemeinde Mestlin
- b) **Amt Plau-Land**  
Sitz: **Plau**  
Mitgliedsgemeinden: Barkow, Ganzlin, Gnevsdorf, Karow, Plauerhagen, Retzow, Wendisch-Priborn
- c) **Amt Ture**  
Sitz: **Lübz**  
Mitgliedsgemeinden: Broock, Gallin, Gischow, Granzin, Karbow-Vietlütbe, Kreien, Kritzow, Kuppentin, Lutheran, Passow, Wahlstorf, Werder und aus dem Landkreis Parchim die Gemeinde Herzberg

#### 14. Landkreis Malchin

- a) **Amt Dargun**  
Sitz: **Dargun**  
Mitgliedsgemeinden: Brudersdorf, Stadt Dargun, Stubbendorf, Wagon, Zarnekow
- b) **Amt Malchin-Land**  
Sitz: **Malchin**  
Mitgliedsgemeinden: Basedow, Duckow, Faulenrost, Gielow, Gorschendorf, Kummerow, Remplin
- c) **Amt Stavenhagen-Land**  
Sitz: **Stavenhagen**  
Mitgliedsgemeinden: Bredenfelde, Briggow, Grammentin, Grischow, Gülzow, Ivenack, Jürgenstorf, Kittendorf, Ritzow, Zettemin und aus dem Landkreis Altentreptow die Gemeinden Knorrendorf, Mölln und Rosenow

#### 15. Landkreis Neubrandenburg

- a) **Amt Burg Stargard-Land**  
Sitz: **Burg Stargard**  
Mitgliedsgemeinden: Cammin, Cölpin, Dewitz, Groß Nemerow, Holldorf, Pragsdorf, Teschendorf und aus dem Landkreis Strasburg die Gemeinden Ballin, Leppin, Neu Käbelich

- b) **Amt Friedland-Land**  
Sitz: **Friedland**  
Mitgliedsgemeinden: Brohm, Eichhorst, Genzkow, Glienke, Jatzke, Kotelow, Sadelkow, Salow, Schwanbeck, Schwichtenberg, Wittenborn
- c) **Amt Neverin**  
Sitz: **Neverin**  
Mitgliedsgemeinden: Beseritz, Brunn, Neddemin, Neuenkirchen, Neverin, Sponholz, Staven, Trollenhagen, Warlin

#### 16. Landkreis Neustrelitz

- a) **Amt Feldberger Seenlandschaft**  
Sitz: **Feldberg**  
Mitgliedsgemeinden: Conow, Dolgen, Stadt Feldberg, Lichtenberg, Lüttenhagen
- b) **Amt Mirow**  
Sitz: **Mirow**  
Mitgliedsgemeinden: Diemitz, Stadt Mirow, Roggentin
- c) **Amt Neustrelitz-Land**  
Sitz: **Neustrelitz**  
Mitgliedsgemeinden: Blumenholz, Godendorf, Hohenzieritz, Klein Vielen, Kratzeburg
- d) **Amt Rechlin**  
Sitz: **Rechlin**  
Mitgliedsgemeinden: Lärz, Rechlin, Schwarz
- e) **Amt Wesenberg**  
Sitz: **Wesenberg**  
Mitgliedsgemeinden: Priepert, Strasen, Stadt Wesenberg, Wustrow

#### 17. Landkreis Parchim

- a) **Amt Eldetal**  
Sitz: **Domsühl**  
Mitgliedsgemeinden: Damm, Domsühl, Friedrichsruhe, Grebbin, Groß Niendorf, Klinken, Raduhn, Severin, Zölkow
- b) **Amt Marnitz**  
Sitz: **Marnitz**  
Mitgliedsgemeinden: Marnitz, Suckow, Siggelkow, Tesse-now
- c) **Amt Parchim-Land**  
Sitz: **Parchim**  
Mitgliedsgemeinden: Groß Godems, Herzfeld, Karrenzin, Matzlow-Garwitz, Rom, Spornitz, Stolpe, Stralendorf, Ziegendorf

#### 18. Landkreis Pasewalk

- a) **Amt Löcknitz**  
Sitz: **Löcknitz**  
Mitgliedsgemeinden: Bismark, Blankensee, Boock, Glas-hütte, Grambow, Löcknitz, Mewegen, Pampow, Plöwen, Ramin, Rothenklempenow

- b) **Amt Uecker-Randow-Tal**  
Sitz: **Pasewalk**  
Mitgliedsgemeinden: Belling, Brietzig, Fahrenwalde, Jatznick, Koblenz, Krugsdorf, Marienthal, Papendorf, Polzow, Rollwitz, Schönwalde, Viereck, Zerrenthin, Züsedom
- c) **Amt Penkun**  
Sitz: **Penkun**  
Mitgliedsgemeinden: Glasow, Grünz, Krackow, Lebehn, Nadensee, Stadt Penkun, Sommersdorf, Storkow, Wollin

#### 19. Landkreis Ribnitz-Damgarten

- a) **Amt Bad Sülze**  
Sitz: **Bad Sülze**  
Mitgliedsgemeinden: Stadt Bad Sülze, Böhlendorf, Breesen, Dettmannsdorf, Dudendorf, Kavelsdorf, Langsdorf, Schulenberg
- b) **Amt Barth-Land**  
Sitz: **Barth**  
Mitgliedsgemeinden: Bartelshagen II, Divitz, Fuhlendorf, Kenz, Küstrow, Löbnitz, Lüdershagen, Pruchten, Spoldershagen
- c) **Amt Darß/Fischland**  
Sitz: vorläufig **Wustrow**  
Mitgliedsgemeinden: Ahrenshoop, Born, Dierhagen, Wieck, Wustrow
- d) **Amt Marlow**  
Sitz: **Marlow**  
Mitgliedsgemeinden: Allerstorf, Bartelshagen I, Brünkendorf, Carlsruhe, Gresenhorst, Stadt Marlow

#### 20. Landkreis Röbel

- a) **Amt Röbel-Land**  
Sitz: **Röbel**  
Mitgliedsgemeinden: Altenhof, Bollewick, Fincken, Gott-hun, Grabow-Below, Groß-Kelle, Jaebetz, Kambs, Kieve, Leizen, Ludorf, Massow, Stuer, Wredenhagen, Zepkow

#### 21. Landkreis Rostock

- a) **Amt Carbäk**  
Sitz: **Broderstorf**  
Mitgliedsgemeinden: Broderstorf, Klein Kussewitz, Mandelshagen, Poppendorf, Roggentin, Steinfeld, Thulendorf
- b) **Amt Rostocker Heide**  
Sitz: vorläufig **Gelbensande**  
Mitgliedsgemeinden: Bentwisch, Blankenhagen, Gelbensande, Mönchhagen, Rövershagen
- c) **Amt Sanitz**  
Sitz: **Sanitz**  
Mitgliedsgemeinden: Groß Lüsewitz, Gubkow, Niekrenz, Reppelin, Sanitz

d) **Amt Tessin-Land**Sitz: **Tessin**

Mitgliedsgemeinden: Cammin, Gnewitz, Grammow, Kowalz, Nustrow, Selpin, Stubbendorf, Thelkow, Zarnewan

e) **Amt Warnow-Ost**Sitz: **Kavelstorf**

Mitgliedsgemeinden: Damm, Dümmerstorf, Kavelstorf, Kessin, Lieblichshof, Prisannewitz

f) **Amt Warnow-West**Sitz: **Kritzmow**

Mitgliedsgemeinden: Elmenhorst/Lichtenhagen, Kritzmow, Lambrechtshagen, Papendorf, Pölchow, Stäbelow, Ziesendorf

22. Landkreis Rügena) **Amt Gingst**Sitz: **Gingst**

Mitgliedsgemeinden: Gingst, Kluis, Neuenkirchen, Schaprode, Trent, Ummanz

b) **Amt Samtens**Sitz: **Samtens**

Mitgliedsgemeinden: Altfähr, Dreschwitz, Ramin, Samtens

23. Landkreis Schwerina) **Amt Banzkow**Sitz: **Banzkow**

Mitgliedsgemeinden: Banzkow, Goldenstädt, Plate, Sukow

b) **Amt Crivitz**Sitz: **Crivitz**

Mitgliedsgemeinden: Barnin, Bülow, Stadt Crivitz, Demen, Gädebehn, Göhren, Ruthenbeck, Tramm, Wessin, Zapel

c) **Amt Lübstorf/Alt Meteln**Sitz: **Lübstorf**

Mitgliedsgemeinden: Alt Meteln, Böken, Klein Trebbow, Lübstorf, Pingelshagen, Seehof, Zickhusen

d) **Amt Ostufer Schweriner See**Sitz: **Rampe (Gemeinde Leezen)**

Mitgliedsgemeinden: Cambs, Gneven, Godern, Langen Brütz, Leezen, Retgendorf, Rubow

e) **Amt Rastow**Sitz: **Rastow**

Mitgliedsgemeinden: Lübesse, Rastow, Sülstorf, Uelitz

f) **Amt Stralendorf**Sitz: **Stralendorf**

Mitgliedsgemeinden: Dümmer, Klein Rogahn, Schossin, Stralendorf, Wittenförden, Zülow

24. Landkreis Sternberga) **Amt Sternberg-Land**Sitz: **Sternberg**

Mitgliedsgemeinden: Borkow, Dabel, Groß Görnow, Hohen Pritz, Kobrow, Mustin, Pastin, Witzin

b) **Amt Warin**Sitz: **Warin**

Mitgliedsgemeinden: Bibow, Groß Labenz, Jesendorf, Stadt Warin

25. Landkreis Stralsunda) **Amt Altenpleen**Sitz: **Altenpleen**

Mitgliedsgemeinden: Altenpleen, Groß Mohrdorf, Klausdorf, Kramerhof, Preetz, Prohn

b) **Amt Franzburg-Richtenberg**Sitz: **Franzburg**

Mitgliedsgemeinden: Buchholz, Stadt Franzburg, Gremersdorf, Millienhagen, Oebelitz, Stadt Richtenberg, Weitenhagen

c) **Amt Niepars**Sitz: **Niepars**

Mitgliedsgemeinden: Groß Kordshagen, Jakobsdorf, Kummerow, Lüssow, Niepars, Neu Bartelshagen, Pantelitz, Steinhagen, Wendorf

26. Landkreis Strasburga) **Amt Groß-Miltzow**Sitz: **Schönbeck**

Mitgliedsgemeinden: Groß-Miltzow, Helpt, Kreckow, Kublank, Neetzka, Pasenow, Schönbeck, Schönhausen, Voigtsdorf

b) **Amt Woldegk**Sitz: **Woldegk**

Mitgliedsgemeinden: Bredenfelde, Göhren, Grauenhagen, Groß Daberkow, Hinrichshagen, Mildnitz, Petersdorf, Rehberg, Stadt Woldegk

27. Landkreis Teterowa) **Amt Gnoien-Land**Sitz: **Gnoien**

Mitgliedsgemeinden: Altkalen, Behren-Lübchin, Boddin, Finkenthal, Groß Nieköhr, Kleverhof, Lühburg, Walkendorf, Wasdow

b) **Amt Jördenstorf**Sitz: **Jördenstorf**

Mitgliedsgemeinden: Jördenstorf, Groß Wüstenfelde, Lelkendorf, Levitzow, Matgendorf, Neu Heinde, Poggelow, Prebberede, Remlin, Sukow-Marienhof, Thürkow

- c) **Amt Teterow-Land**  
Sitz: **Teterow**  
Mitgliedsgemeinden: Alt Sührkow, Bristow, Bülow, Dahmen, Dalkendorf, Groß-Roge, Groß-Wokern, Hohen Demzin, Warnkenhagen

### 28. Landkreis Ueckermünde

- a) **Amt Ferdinandshof**  
Sitz: **Ferdinandshof**  
Mitgliedsgemeinden: Altwigshagen, Ferdinandshof, Heinrichsruh, Heinrichswalde, Rothemühl, Wilhelmsburg
- b) **Amt Ueckermünde-Land**  
Sitz: **Ueckermünde**  
Mitgliedsgemeinden: Ahlbeck, Altwarp, Grambin, Hintersee, Leopoldshagen, Liepgarten, Luckow, Meiersberg, Mönkebude, Rieht, Torgelow-Holländerei, Vogelsang-Warsin

### 29. Landkreis Waren

- a) **Amt Malchow-Land**  
Sitz: **Malchow**  
Mitgliedsgemeinden: Adamshoffnung, Alt Schwerin, Nossentiner Hütte, Silz  
und aus dem Landkreis Röbel die Gemeinden Göhren-Lebbin, Grüssow, Kogel, Lexow, Penkow, Rogeez, Satow, Walow, Zislow
- b) **Amt Moltzow**  
Sitz: **Moltzow**  
Mitgliedsgemeinden: Hohen Wangelin, Vollratsruhe, Klocksinn, Neu-Gaarz, Grabowhöfe, Jabel, Moltzow, Lupendorf
- c) **Amt Waren-Land**  
Sitz: **Waren**  
Mitgliedsgemeinden: Alt Schönau, Groß Dratow, Groß Gievitz, Groß Plasten, Hinrichshagen, Kargow, Klink, Lansen, Schloen, Torgelow, Varchentin, Vielist

### 30. Landkreis Wismar

- a) **Amt Bad Kleinen**  
Sitz: **Bad Kleinen**  
Mitgliedsgemeinden: Bad Kleinen, Bobitz, Beidendorf, Hohen Viecheln  
und aus dem Landkreis Sternberg die Gemeinde Ventschow
- b) **Amt Gägelow**  
Sitz: **Gägelow**  
Mitgliedsgemeinden: Barnekow, Gägelow, Grambkow, Groß Krankow, Zierow
- c) **Amt Neuburg-Steinhausen**  
Sitz: **Neuburg-Steinhausen**  
Mitgliedsgemeinden: Benz, Blowatz, Boiensdorf, Hageböck, Hornstorf, Krusenhagen, Neuburg-Steinhausen

- d) **Amt Neukloster**  
Sitz: **Neukloster**  
Mitgliedsgemeinden: Babst, Glasin, Krassow, Lübbestorf, Stadt Neukloster, Passee, Züsow, Zürow

### 31. Landkreis Wolgast

- a) **Amt Ahlbeck bis Oderhaff**  
Sitz: **Ahlbeck**  
Mitgliedsgemeinden: Ahlbeck, Dargen, Kamminke, Korswandt, Zirchow
- b) **Amt An der Peenemündung**  
Sitz: **Karlshagen**  
Mitgliedsgemeinden: Karlshagen, Mölschow, Peenemünde, Trassenheide
- c) **Amt Insel Usedom-Mitte**  
Sitz: **Koserow**  
Mitgliedsgemeinden: Koserow, Loddin, Ückeritz, Zempin

## § 2

Amtsfrei bleiben folgende Gemeinden:

1. Landkreis Altentreptow:  
Stadt Altentreptow
2. Landkreis Anklam:  
Stadt Anklam
3. Landkreis Bad Doberan:  
Stadt Bad Doberan  
Stadt Kühlungsborn  
Stadt Neubukow
4. Landkreis Bützow:  
Stadt Bützow
5. Landkreis Demmin:  
Stadt Demmin  
Stadt Jarmen  
Bis zum Ende der gegenwärtigen Kommunalwahlperiode:  
Stadt Loitz
6. Landkreis Gadebusch:  
Stadt Gadebusch
7. Landkreis Grevesmühlen:  
Stadt Grevesmühlen
8. Landkreis Grimmen:  
Stadt Grimmen
9. Landkreis Güstrow:  
Stadt Güstrow  
Stadt Laage
10. Landkreis Hagenow:  
Stadt Boizenburg/Elbe  
Stadt Hagenow  
Stadt Wittenburg



11. Landkreis Ludwigslust:  
Stadt Grabow  
Stadt Ludwigslust
12. Landkreis Lübz:  
Stadt Goldberg  
Stadt Lübz  
Stadt Plau
13. Landkreis Malchin:  
Stadt Malchin  
Reuterstadt Stavenhagen
14. Landkreis Neubrandenburg:  
Stadt Burg Stargard  
Stadt Friedland
15. Landkreis Neustrelitz:  
Stadt Neustrelitz
16. Landkreis Parchim:  
Stadt Parchim
17. Landkreis Pasewalk:  
Stadt Pasewalk
18. Landkreis Ribnitz-Damgarten:  
Stadt Barth  
Stadt Ribnitz-Damgarten  
Zingst
19. Landkreis Röbel/Müritz:  
Stadt Röbel
20. Landkreis Rostock:  
Gaal-Müritz  
Stadt Tessin
21. Landkreis Rügen:  
Stadt Bergen  
Binz  
Stadt Putbus  
Stadt Saßnitz
22. Landkreis Sternberg:  
Stadt Sternberg
23. Landkreis Strasburg:  
Stadt Strasburg
24. Landkreis Teterow:  
Stadt Gnoien  
Stadt Teterow
25. Landkreis Ueckermünde:  
Stadt Eggesin  
Stadt Torgelow  
Stadt Ueckermünde
26. Landkreis Waren:  
Stadt Malchow  
Stadt Waren/Müritz
27. Landkreis Wismar:  
Insel Poel
28. Landkreis Wolgast:  
Heringsdorf  
Stadt Wolgast  
Zinnowitz

**§ 3**

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Verkündung in Kraft.

Schwerin, den 25. März 1992

**Der Ministerpräsident  
Dr. Berndt Seite**

**Der Innenminister  
Dr. Georg Diederich**

**Verordnung  
zur Änderung der Landesverordnung über die zuständigen Behörden  
im Melde-, Paß- und Personalausweiswesen\***

**Vom 25. März 1992**

Aufgrund von § 1 Abs. 1 und § 2 Abs. 1 des Zuständigkeitsneuregelungsgesetzes vom 20. Dezember 1990 (GVOBl. M-V 1991 S. 2) verordnet die Landesregierung; aufgrund des § 1 der Landesverordnung vom 12. März 1991 (GVOBl. M-V S. 77) verordnet der Innenminister:

**§ 1**

Die Landesverordnung über die zuständigen Behörden im Melde-, Paß- und Personalausweiswesen vom 29. Januar 1991 (GVOBl. M-V S. 22) wird wie folgt geändert:

1. § 5 erhält folgende Fassung:

(1) Abweichend von § 1 sind mit Inkrafttreten der Amtsordnung, frühestens jedoch mit Inkrafttreten dieser Änderungsverordnung, Meldebehörden für die Ämter deren Amtsvorsteher und für die amtsfreien Gemeinden deren Bürgermeister als örtliche Ordnungsbehörden. Für den Fall, daß die nunmehr zuständige Meldebehörde nicht in der Lage ist, die Aufgabe ordnungsgemäß wahrzunehmen, kann die Aufgabenerfüllung übergangsweise von der bisher zuständigen Meldebehörde wahrgenommen werden. Die Entscheidung hierüber trifft der Landrat. Sie ist dem Innenminister unverzüglich anzuzeigen. Die nach Satz 1 zuständige Meldebehörde hat der weiterhin zuständigen Meldebehörde die hierdurch entstandenen Kosten

zu erstatten. Soweit die Ämter noch nicht gebildet sind, verbleibt es bei der Zuständigkeit nach § 1.

(2) Hinsichtlich der Zuständigkeitsregelung für die Ausführung des Paßrechts und des Gesetzes über Personalausweise in §§ 3 und 4 gilt Absatz 1 entsprechend.

2. § 6 wird wie folgt gefaßt:

Die nach §§ 1, 3, 4 und 5 zuständigen Melde-, Paß- und Personalausweisbehörden sind auch zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 28 Abs. 1 der Meldeordnung, nach § 25 des Paßgesetzes und nach § 5 des Gesetzes über Personalausweise.

**§ 2**

Diese Änderungsverordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Schwerin, den 25. März 1992

**Der Ministerpräsident  
Dr. Berndt Seite**

**Der Innenminister  
Dr. Georg Diederich**

\* Ändert LVO vom 29. Januar 1991; GS Meckl.-Vorp. GI. Nr. 210-0-1



**Herausgeber und Verleger:**

Der Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern,  
Karl-Marx-Str. 1, O-2750 Schwerin, Tel. 5 74 23 52

**Technische Herstellung und Vertrieb:**

Landesverlags- und Druckgesellschaft mbH  
Mecklenburg & Co. KG  
Von-Stauffenberg-Straße 27, Schwerin 2791,  
Fernruf 35 30, Telefax 37 51 37

**Bezugsbedingungen:**

Fortlaufender Bezug und Einzelverkauf nur beim Her  
Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31.  
Jahres dort vorliegen.

**Bezugspreis:**

Halbjährlich 20,- DM zuzüglich Versandkosten

**Einzelbezug:**

Einzelne Ausgaben je angefangene 16 Seiten 1,20 DM  
zuzüglich Versandkosten. Lieferung gegen Rechnung.

Preis dieser Ausgabe: 2,40 DM zuzüglich Versandkosten  
LVD Mecklenburg

**Der Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern**

Postvertriebsstück • 2 F 11564 B • Gebühr bezahlt